

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats,  
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde Dettenheim,

wir beschließen heute die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2022 und den Finanzplan mit dem Investitionsprogramm.

Ich werde die wesentlichen Eckdaten des Haushalts vortragen. Die sich anschließenden Rednerinnen und Redner können gerne darauf verweisen. Der heutigen Beschlussfassung gingen intensive Beratungen im Verwaltungsausschuss und Gemeinderat voraus.

Doch bevor wir uns das Zahlenwerk näher betrachten muss ich –wie könnte es auch anders sein- auf die aktuelle Pandemie-Lage zu sprechen kommen, auch wenn wir alle gehofft hatten, dass dies im Februar 2022, und somit im dritten Jahr der Pandemie, nicht mehr notwendig wäre. Aber die gesamte Situation hat sich doch im Vergleich zu den letzten Jahren sehr verändert. Heute sehen wir uns einer für Deutschland historisch hohen Inflationsrate gegenüber. Enorme Preissteigerungen gerade im Energie- und Bausektor, Materialmangel, Lieferengpässe -verbunden mit dem Mangel an qualifiziertem Personal- bilden derzeit die Rahmenbedingungen für das wirtschaftliche Umfeld.

Dem gegenüber steht nach wie vor eine hohe Nachfrage, gerade auch nach Wohnraum und Gewerbeflächen. In diesem Spannungsfeld bewegen sich auch die Gemeinden, was deren wirtschaftliches Handeln nicht gerade einfacher macht.

Dies alles allein auf Corona zurück zu führen wäre zu einfach, aber Corona hat Entwicklungen die sich bereits vorher abgezeichnet haben beschleunigt und verstärkt. Nicht selten wird das Wort „Brennglas“ zur Beschreibung der Situation verwendet. Ein plakativer Begriff der ausdrücken soll, dass die Krise Missstände aufzeigt und beschleunigt, die wenn wir ehrlich sind, in vielen Fällen schon vorher bekannt waren oder sich zumindest abgezeichnet haben. Aber vor Corona konnte man vieles verdrängen und die Warnungen in den Wind schlagen, oder zumindest auf die lange Bank schieben. Eine Haltung, die uns auch im Zusammenhang mit der Klimathematik gerade einholt.

Doch zurück zu Corona: Seit Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 hat uns das Virus stark gefordert. Niemand blieb davon verschont. Nach wie vor beansprucht Corona einen sehr großen zeitlichen Anteil in der

täglichen Arbeit im Rathaus, zusätzlich zum normalen Tagesgeschäft. Eine enorme Belastung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Lassen Sie mich an der Stelle meinen aufrichtigen Dank gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung zum Ausdruck bringen! Oft gingen sie an ihre Belastungsgrenzen, haben aber den Dienstbetrieb über die gesamte Zeit aufrechterhalten und die neuen Aufgaben, die Corona mit sich brachte „on top“ erledigt.

Weiterhin gilt unser aller Respekt vor allen Dingen denjenigen, die im Gesundheitswesen und in der Pflege arbeiten. Denken wir aber auch an die Lehrerinnen und Lehrer, die Erzieherinnen und Erzieher. An die Feuerwehrleute und in sonstigen Bereichen ehrenamtlich Tätige.

Allen voran die Vereine, die ein wichtiges Fundament unserer Gemeinschaft sind. Es ist gut, dass viele Mitglieder „Ihrem Verein“ treu geblieben sind und ihn so durch die Krise tragen. Hoffen wir, dass dieses Jahr die zahlreichen Vereinsfeste und Veranstaltungen wieder stattfinden können und die anstehenden Jubiläen gebührend gefeiert werden können. Und auch Sie, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte haben Ihre Arbeit kontinuierlich weitergeführt, zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger. Vielen Dank dafür!

Betrachten wir nun den Haushalt der Gemeinde Dettenheim für 2022 etwas genauer.

Sehr geehrte Damen und Herren, Zuhörer und Leser, denn wir werden die Haushaltsreden wie üblich wieder im Dettenheimer Anzeiger und auch auf der Homepage der Gemeinde veröffentlichen,

die Haushaltssatzung der Gemeinde sieht im **Ergebnishaushalt** ordentlichen Erträge von 16.160.600 € und ordentliche Aufwendungen von 16.394.100 € und damit ein veranschlagtes negatives ordentliches Ergebnis in Höhe von 233.500 €. Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2021 gelingt eine Verbesserung des negativen Ergebnisses um 1,357 Mio €. Ein ausgeglichenes Ergebnis kann im mittelfristigen Planungszeitraum 2021-`25 erst ab dem Haushaltsjahr 2024 erreicht werden.

Es sind weder außerordentliche Erträge noch außerordentliche Aufwendungen geplant.

Im **Finanzhaushalt** ergibt sich ein veranschlagter Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts in Höhe von 1.020.500 €. Investitionen sind in diesem Jahr in Höhe von rund 4,938 Mio € geplant. Demgegenüber stehen Einzahlung aus Investitionstätigkeit von 1.538.100

€. Aufgrund planmäßiger Tilgungen von 1.500 € ergibt sich eine veranschlagte Änderung (Minderung) des Finanzierungsmittelbestands in Höhe von -2.381.200 €.

Der Höchstbetrag der **Kassenkredite** wird festgesetzt auf 1,25 Mio €.

Eine Kreditaufnahme für Investitionen ist im 2022 nicht vorgesehen. Im mittelfristigen Planungszeitraum ist erst im Jahr 2024 eine Darlehensaufnahme angesetzt. Der **Schuldenstand** beträgt zu Beginn des neuen Haushaltsjahres 2.005.882 €. Klammert man das Darlehen für die Beteiligung an der Netze BW aus (2.002.882 €), beträgt die Restschuld der Darlehen 3.000 €. Bei einer jährlichen Tilgung von 1.500 € wäre die Gemeinde zum Ende des Jahres 2023 schuldenfrei.

Die **liquiden Mittel** betragen zum Start in das neue Haushaltsjahr 5.147.714 €. Berücksichtigt man alle geplanten Ein- und Auszahlungen des Haushaltsjahres verringern sich die liquiden Eigenmittel um 2.381.200 €. Zum Jahresende verbleibt ein Zahlungsmittelbestand von 2.766.514. Dieser überschreitet die vorgeschriebene Mindestrücklage von 271.401 €.

Im Detail bedeutet dies:

Der Gesamtergebnishaushalt weist in der Planung ein veranschlagtes negatives ordentliches Ergebnis von 233.500 € aus. Dies bedeutet, dass nicht alle ergebniswirksamen Vorgänge ausgeglichen werden können. Dazu gehört auch die Erwirtschaftung der Abschreibungen. Diese stellen den tatsächlichen Ressourcenverbrauch dar und ermöglichen dadurch die Ersatzbeschaffung von Vermögensgegenständen am Ende der jeweiligen Nutzungsdauer. Nach Feststellung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2019 können diese auch valide beziffert werden. Die Nettoabschreibungen (Abschreibungen abzüglich Auflösungen und Zuschüsse) sind im kommenden Jahr mit 1,254 Mio € eingeplant. Die Abschreibungen belasten den Ergebnishaushalt und erschweren den Haushaltsausgleich. In der langfristigen Betrachtung müssen wir die Abschreibungen erwirtschaften.

Im Finanzhaushalt hingegen sind alle tatsächlich fließenden Ein- und Auszahlungen enthalten. Die wichtigste Position des Finanzhaushalts ist der Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts. Dieser zeigt, ob die Abschreibungen auch tatsächlich erwirtschaftet wurden und für künftige Investitionen zur Verfügung stehen. Dieses Ziel kann im vorliegenden Plan

mit einem veranschlagten Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts von 1.020.500 € größtenteils erreicht werden. Das Volumen für Investitionen erreicht in diesem Jahr 4,938 Mio €. Im Finanzplanungszeitraum bis 2025 werde mit weiteren Investitionen von annähernd 10 Mio. € gerechnet.

Als größere Projekte die uns sowohl in diesem als auch im nächsten Haushalt beschäftigen, wäre zum Beispiel die städtebauliche Sanierung im Ortsteil Liedolsheim, die Kanalnetzsanierung sowie der barrierefreie Umbau der Bushaltestellen zu nennen.

Mit der Realisierung des Wohnbaugebiets „Hagäcker/Weglangenhäcker“ möchte die Gemeinde zusätzliche Baugrundstücke anbieten. Der Bedarf an Grundstücken und der immer noch anhaltende Bauboom macht dies erforderlich. Die Erschließung gemeindeeigner Grundstücke sowie der Grundstückserwerb im Rahmen der Umlegung schlägt mit ca. 1,108 Mio € zu Buche.

Neben zahlreichen Baumaßnahmen stehen auch Mittel für die Erreichung der Klimaziele bereit. Dadurch kann die Gemeinde bereits laufende Projekte weiter aktiv begleiten. So stehen im Haushalt für die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf energiesparende Leuchtmittel 320.000 € zur Verfügung. Nach Abschluss dieser 3. Tranche ist die komplette Straßenbeleuchtung auf LED umgestellt.

Mit 100.000 € wird das Carsharing-Projekt mit der Anschaffung von zwei weiteren Elektroautos sowie den dazugehörigen Ladesäulen erweitert. Um den Anforderungen des Klimaschutzes gerecht zu werden und um neue Ansätze in diesem Bereich zu entwickeln, soll die Stelle eines Klimamanagers neu geschaffen werden.

Zusätzlich zu dem Zahlungsmittelüberschuss von 1.020.500 € sind als Finanzierungsmittel für Investitionen im kommenden Jahr Einzahlungen in Höhe von ca. 1,538 Mio € geplant. Die Veräußerung von Baugrundstücken mit 712.000 € ist der größte Einnahmenblock. Weiter sind mit Zuweisungen für die Ortskernsanierung, den barrierefreien Umbau von Haltestellen und dem Bau des Kreisverkehrs in Rußheim zu rechnen. Für die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED erfolgt der Mittelabruf erst im Jahr 2023.

Um das vorliegende Ergebnis im Planwerk 2022 zu erreichen, hat die Verwaltung zusammen mit dem Gemeinderat einige Maßnahmen zur

Haushaltskonsolidierung auf den Weg gebracht. Unter anderem wurden gemeindliche Aufwendungen hinterfragt und Haushaltsansätze den tatsächlichen Bedarfen angepasst.

Weiter gab es bei den Steuern, Abgaben und Gebühren moderate Erhöhungen. So tritt im Bereich der Realsteuern mit Wirkung zum 01.01.2022 die Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer in Kraft. Erstmals seit dem Jahr 2005 wurde der Hebesatz der Grundsteuer B um 20 v.H. auf 320 v.H. erhöht. Die Hebesätze der Grundsteuer A und der Gewerbesteuer bleiben unverändert.

Im Gebührenbereich wurde die Friedhofsordnung und die Bestattungsgebührensatzung zum 01.01.22 neu gefasst. Der Bestattungsgebührensatzung liegt die Neukalkulation der Friedhofsgebühr zur Grunde. Mit den Erhöhungen in den einzelnen Leistungsbereichen wird voraussichtlich ein Deckungsbedarf von 53,96 % erreicht. Damit belegen wir im landesweiten Vergleich einen guten mittleren Rang.

Die Gewerbesteuer wurde für die Jahre 2022-25 mit einem Aufkommen von jährlich 1,3 Mio. € abzüglich der Gewerbesteuerumlage geplant. Es ist erfreulich und spricht für die gesunde Struktur unserer Gewerbebetriebe, dass wir durch Corona keine größeren Erlösausfälle haben, sondern sogar mit 1,8 Mio. Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2021 das Ergebnis verbessern konnten.

Eine wesentliche Verbesserung der Einnahmesituation haben uns die Zahlen aus der Novembersteuerschätzung beschert. Das Niveau von 2019, also vor Beginn der Pandemie, ist noch lange nicht erreicht, jedoch wieder in Sichtweite.

Die wichtigsten Einnahmen unserer Gemeinde sind der Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer von insgesamt 4,6 Mio €. Steigerungen sind auch bei den Schlüsselzuweisungen mit 3,7 Mio. € sowie bei der kommunalen Investitionspauschale von 811.000 € spürbar. Hier sind Mehreinnahmen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von 1,5 Mio. € zu verzeichnen. Gerade der Zuwachs an Einwohnern zum Stichtag 30.06.2021 auf insgesamt 6.695 EW wirkt sich positiv auf die Finanzausgleichszahlungen aus. Dies ist ein Faktor, der bei der gesamten Gemeindeentwicklung nicht zu unterschätzen ist.

Auch im kommunalen Finanzausgleich verankert ist die Förderung für die Kinderbetreuung. Im Planjahr 2022 erhält die Gemeinde eine Zuweisung von

1.201.900 €. Der Familienleistungsausgleich steigt um knapp 40.000 € auf 360.300 €.

Auf der Ausgabenseite finden wir die Transferaufwendungen, die sich im Wesentlichen **aus der FAG-Umlage** mit knapp 2 Mio. €, der **Kreisumlage** bei einem Umlagesatz von 27,5 Prozent mit 2,49 Mio. € und der **Gewerbesteuerumlage** mit 133.000 Euro zusammensetzt. Erfreulicherweise und für den Haushalt durchaus positiv hat der Kreistag die Kreisumlage von 28,5 % auf 27,5 % gesenkt. Eine Senkung der Kreisumlage wird in künftigen Jahren wohl nicht mehr zu erwarten sein, denkt man an die große Investition „Neubau des Landratsamtes“, die mit dem Abbruch von Teilbereichen des alten Gebäudes bereits auf den Weg gebracht ist.

Wie bei den meisten Kommunen stellt auch bei uns der Personalbereich einen der größten Aufwandsposten des Haushalts dar. Mit einem Volumen von 2.974.700 € sind dies 18,14 % der ordentlichen Aufwendungen des Ergebnishaushalts.

Kostenintensiv ist und bleibt auch die Kinderbetreuung. Das zuletzt abgeschlossene Jahr 2020 schließt unter Berücksichtigung der Landeszuweisungen mit einem Gesamtdefizit von 1,53 Mio. € und steigt im Planjahr 2022 voraussichtlich auf 1,8 Mio. € an. Der immer noch anhaltende Personalmangel und die Veränderung der Betreuungsangebote prägt die Kindergartenlandschaft. Um diese Angebote künftig passgenau bereitzustellen, steht für eventuelle Kindergartenerweiterungen eine erste Planungsrate im mittelfristigen Planungszeitraum zur Verfügung.

Eine wichtige Aufgabe der Gemeinde ist die Wasserversorgung. Deshalb hier die **Eckdaten und Entwicklung der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung:**

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Wasserversorgung sieht Einnahmen und Ausgaben des Erfolgsplans in Höhe von 553.100 € und Einnahmen und Ausgaben des Vermögensplans in Höhe von 645.000 € vor. Der Gesamtbetrag an vorgesehenen Kreditaufnahmen beträgt 527.400 €. Ein vorgesehenes Darlehen aus dem Jahr 2021 wurde bisher noch nicht beansprucht. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 400.000 € festgesetzt.

Wie schon in den vergangenen Jahren immer wieder thematisiert sind alters- und strukturebedingte Reparaturen im Wasserversorgungs- als auch dem Kanalnetz mit hohen Aufwendungen verbunden.

Die größte bevorstehende Aufgabe ist die Sanierung des Wasserwerks. Für die Maßnahme sind in einem ersten Kostenplan Gesamtausgaben von knapp 8 Mio € über einen Zeitraum von 2021-2026 prognostiziert. Das erstellte Strukturgutachten betrachtet verschiedene Varianten. Im Ergebnis wird eine Generalsanierung dem gänzlichen Neubau bevorzugt. In kommenden Arbeitssitzungen muss sich der Gemeinderat noch intensiv mit dem Strukturgutachten beschäftigen. Nachhaltigkeit sowie Wirtschaftlichkeit sollten bei der Variantenentscheidung ausgiebig diskutiert und abgewogen werden.

Wie für jedes Haushaltsjahr wurde die Grund- und Verbrauchsgebühr für den Bereich Wasser und Abwasser auch für 2022 kalkuliert.

Die **Wassergebühren** werden im Planjahr nicht erhöht und beträgt weiter 1,22 € je Kubikmeter. Die Grundgebühr verbleibt auf 4,50 € im Monat.

Die **Schmutzwassergebühr** erhöht sich von 2,05 € je Kubikmeter auf 2,14 € je Kubikmeter. Die Zählergebühr für Zähler mit Nenndurchfluss von 2,5 Qn erhöht sich von bisher 30 €/Jahr auf 42 €/Jahr. Die **Niederschlagswassergebühr** kann von 0,33 € auf 0,30 € pro Quadratmeter versiegelter Fläche gesenkt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
nachdem wir uns mit den Eckdaten des Haushalts 2022 beschäftigt haben, möchte ich noch eine Bewertung der Haushaltssituation vornehmen.

Gerade im Hinblick auf die Kommunal Finanzen wird uns die Pandemie und deren Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftlichen Umstände noch lange beschäftigen. Vieles ist noch ungewiss und kann auch in der Dimension heute noch nicht abgeschätzt werden. Die Spielräume werden wegen steigender Energiepreise und erhöhter Baukosten enger werden. Wegen der Inflation müssen wir langfristig auch mit höheren Personalkosten rechnen. Deshalb wird auch künftig die Aufgabe des Gemeinderats sein, Investitionen zu hinterfragen und trotzdem dort zu tätigen, wo sie sinnvoll und erforderlich sind. Die Prämisse ist, eine gute Balance zwischen Sparen und Investieren zu finden. Eine solide und vorausschauende Wirtschaftsweise ist gefordert, was die Betrachtung der Ausgaben, aber auch der Einnahmenseite beinhaltet.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
die Zahlen für den Haushalt 2022 sind etwas besser als es sich zwischendurch abgezeichnet hatte und wir es befürchtet hatten. Deshalb möchte ich an der Stelle auch meinen Dank aussprechen an Bund und Land und den Gemeindetag Baden-Württemberg, der die kommunale Seite in den Verhandlungen vertritt.

Dass dies nötig ist, zeigt der Ausblick auf die Aufgaben der kommenden Jahre mit Infrastrukturprojekten, Digitalisierung, Mobilität- und Klimawandel und die damit einhergehende finanzielle Belastung. Der Gemeindetag stellt zurecht die grundsätzliche Frage an die Politik, Zitat: „Bei nüchterner Betrachtung stellt sich die Frage, ob alle versprochenen staatlichen Leistungen auf Dauer finanzierbar seien.“

In dem Zusammenhang möchte ich den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in den Grundschulen nennen, der umgesetzt, organisiert und finanziert werden muss - neben der Frage, wo das Fachpersonal herkommen soll. Doch auch dieser Aufgabe werden wir uns stellen und sie zum Wohle unserer Kinder umsetzen. Ich wünsche mir, dass die Verantwortlichen bei der Ausgestaltung der Richtlinien die Praktiker mit ins Boot nehmen und das Antragsprocedere mit den Förderkriterien nicht zu einem neuen Bürokratiemonster auswächst.

Dass die Kommunen verantwortungsvoll und effektiv mit den bereit gestellten Geldern umgehen können, sollte doch die Pandemie gezeigt haben. Hier vor Ort, in den Städten und Gemeinden wurden und werden die Aufgaben schnell und effektiv umgesetzt. Ich wünsche mir sehr, dass dies Nachklang findet in der Wahrnehmung der Kommunen durch den Bund und das Land und zu einem besseren Miteinander führt. Starke Kommunen bilden die Basis für ein einen starken Staat.

Eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen und eine Vereinheitlichung und Vereinfachung des Förderdschungels stehen dabei ganz oben auf meiner Wunschliste.

Ich möchte Ihnen allen liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte und meiner gesamten Verwaltung Dank sagen für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit in einem weitem Coronajahr. Ich möchte Ihnen, liebe Gemeinderätinnen und –räte für das mir und der Verwaltung entgegen gebrachte Vertrauen danken. Lassen wir uns nicht beirren, bleiben wir auf Kurs. Es gibt genug Aufgaben zu erfüllen und wichtige Entscheidungen zu treffen. Gehen wir kraftvoll und zuversichtlich ins neue



Jahr, die Weichen stellen wir heute mit der Verabschiedung des Haushalts für 2022.